

### Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel.

In der gestrigen Sitzung des Permanenzkomitees wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Frage der Abtretung von Forderungen gegen das Aerar durch einen Erlaß des Kriegsministeriums vom 6. Februar l. J. in einer den Bedürfnissen der Wirtschaftskreise entsprechenden Weise gelöst wurde. Hiernach haben die militärischen anweisenden Organe (Heeresanstalten usw.) in Zukunft Zessionen auch noch nicht liquider und noch nicht angewiesener Forderungen (insbesondere Verdienstforderungen) vorzumerken und die Zahlungen an die Zessionäre zu leisten. Durch diesen Erlaß wird den längst wiederholt erhobenen Beschwerden der wirtschaftlichen Korporationen Rechnung getragen. Ferner wurde mit Befriedigung festgestellt, daß in Hinsicht des Deliktes der Preistreiberei (kaiserliche Verordnung vom 1. August 1914, R. G. Bl. Nr. 194) das Landesgericht als Berufungsgericht nunmehr ein Urteil gefällt hat, welches entgegen der bisherigen, vom Permanenzkomitee bekämpften Praxis an dem Grundsatze festhält, daß für die Uebermäßigkeit einer Preisforderung der Marktpreis, nicht aber die Gesteungskosten entscheidend seien; wenn ein Kaufmann ein Lager von Waren habe und mittlerweile die Preise dieser Waren steigen, so könne man ihm nicht zumuten, diese Waren mit Rücksicht auf die niedrigeren Gesteungskosten unter dem Marktpreise zu verkaufen. Es wurde im Komitee die Erwartung ausgesprochen, daß die in einer Eingabe an die zuständigen Ministerien dargelegten Anschauungen über die Preisbildung in Hinsicht zu einer einheitlichen, ebenso den Interessen der Konsumenten wie der Produzenten und Kaufleute Rechnung tragenden Rechtsprechung führen mögen.

Hierauf wurde abermals die Frage der Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen erörtert. Die Ver-

suche der Kammer, die Erteilung derartiger Bewilligungen zu beschleunigen, waren bisher leider ergebnislos. Dadurch war es in wichtigen Fällen nicht möglich, bedingte und zeitlich terminierte Ausfuhrbewilligungen, die von neutralen Staaten für gewisse Artikel gegeben worden waren, rechtzeitig auszunützen. Es wurde beschlossen, den kompetenten Stellen die Schaffung einer Zentralkasse anzuempfehlen, bei der die Gesuche um Ein- und Ausfuhrbewilligungen einzubringen, die Kompromisse durchzuführen wären und die Erledigung raschestens verfügt werden könnte.

Im Anschlusse daran wurde die Frage der Petroleumzufuhr und des Importes von Fabriksalz erörtert.

Endlich wurde im Hinblick darauf, daß in letzter Zeit wiederholt größere Verzögerungen in der Beförderung der aus Deutschland kommenden Post eingetreten sind, beschlossen, zur Abstellung dieses für die Geschäftswelt sehr hinderlichen Uebelstandes geeignete Schritte zu unternehmen.